

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 29

Erste Ausgabe  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Zur Postbezugs-  
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 12. Juli 1925

Verlag: Berlin G. 2, Breitestr. 4/9 IV.  
Telefon: 8529.  
Ringselgen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

## Unser Verband im Jahre 1924.

II.

Einen großen Raum nehmen im Jahresbericht die Darstellungen der

### Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit

ein. Nach einem Ueberblick über Entstehung und Entwicklung der Arbeitszeitabkommen wird in eingehender Weise Bericht erstattet über die Entwicklung unserer Reichstaxen. In chronologischer Reihenfolge werden die Ergebnisse der vielen Verhandlungen gewürdigt und damit ein kleiner Einblick gegeben in die nervenanspannende und aufreibende Tätigkeit derjenigen, die diese Verhandlungen zu führen hatten. Die statistischen Feststellungen über die Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen lassen erkennen, daß auch das verfloßene Jahr eine Ueberfülle von Arbeit für diesen Zweck brachte und der Bericht stellt ausdrücklich fest, daß die Gesamtheit unserer Mitglieder vier- bis sechsmal an diesen Bewegungen beteiligt war. In dieser Tatsache findet die Not der Zeit ihren beredtesten Ausdruck. Das Arbeitsverhältnis hat für rund

### 100 000 Personen tarifliche Regelung

gefunden. 189 Lohnbewegungen mußten geführt werden, von denen 162 ohne Arbeitsniederlegung endeten und 27 zur Arbeitseinstellung führten. An diesen Arbeitseinstellungen waren 12 125 Personen beteiligt. Dieser Kampf um besseren Lohn war nicht vergeblich. Unser Jahresbericht stellt fest, daß im Durchschnitt für jeden beteiligten Kollegen eine Lohnerhöhung von 12 Mk. und für jede beteiligte Kollegin von 7 Mk. erreicht worden ist, ein Resultat, das sich bei der notorischen materiellen Ohnmacht der Gewerkschaften im Vorjahre durchaus sehen lassen kann. Wäre diese Lohnsteigerung möglich gewesen, wenn wir keine Gewerkschaft gehabt hätten, die trotz aller Ungunst der Verhältnisse die Interessen ihrer Mitglieder nachdrücklich wahrte? Unsere

### Tarifstatistik

weist nach, daß von den acht Reichstaxen 4445 Betriebe mit 74 592 beschäftigten Personen erfaßt wurden, während die sechs Bezirks-tarife für 132 Betriebe mit 4769 Kollegen und Kolleginnen Geltung hatten. Orts-tarifen unterstanden 199 Betriebe mit 9451 beschäftigten Berufsgewerkschaftlichen. Tarife, die von anderen Organisationen abgeschlossen waren, gelten für 832 Betriebe mit 9558 Beschäftigten. Hiervon entfielen auf den Buchdrucker-tarif allein 725 Betriebe mit 8078 Berufsgewerkschaftlichen. Ein Ueberblick über die Löhne im Ausland zeigt, wie weit die an unsere Kollegenschaft gezahlten Löhne zurückgeblieben waren und noch sind. Daß diese noch immer sehr verbesserungsbedürftigen Löhne einen ungünstigen Einfluß auf

### Sterblichkeit und Todesursache

haben, lehrt gleichfalls eine entsprechende Zusammenstellung. Leider wird die Wichtigkeit der hierfür notwendigen Angaben nicht von allen unseren Verwaltungsstellen voll anerkannt. Die Meldungen über Sterbefälle erfolgen nie vollständig und die gemachten Angaben sind vielfach so lückenhaft, daß bei den Zusammenstellungen ein fehlerloses Resultat nie erreicht werden kann. Im Vorjahre sind 118 Kollegen und 80 Kolleginnen als verstorben gemeldet worden. Fast der vierte Teil davon erlag den verschiedenen Lungenerkrankungen. Auch Herz-erkrankungen spielen eine große Rolle und der Jahresbericht wirft mit allem Recht die Frage auf, ob und inwieweit diese bei den Kollegen auf den Kriegsdienst zurückgeführt werden können. Von den Verstorbenen waren zwölf noch nicht 20 Jahre alt.

Weiter gibt unser Jahresbericht einen kurzgefaßten Ueberblick über die Tagungen unseres

### Verbandsbeitrages,

der im Vorjahre zweimal zusammentrat, um über wichtige Angelegenheiten Beschluß zu fassen. Ein weiterer besonderer Abschnitt behandelt die Schwierigkeiten materieller Natur, die auch im Vorjahre noch bei der Herausgabe der „Buchbinder-Zeitung“ obwalteten. Die Bestimmungen über unsere Funktionär-unterstützungskasse haben im Laufe des letzten Jahres eine Abänderung erfahren; die neuen Satzungen bringt der Jahresbericht ebenfalls zur weiteren Kenntnis. Von hervorragendem Interesse für unsere Mitglieder wird die Abhandlung über den

### „Graphischen Bund“

sein, zumal die öffentliche Debatte über die Frage der Industrieorganisationen durch den bevorstehenden Gewerkschaftskongress wieder neu aufgerollt ist. Als Ausfluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses und der Arbeit der vom Bundesauschuß eingeleiteten Unterkommission zur Prüfung dieser Frage war von unserer Verbandsleitung ein unverbindlicher Vorschlag für die Zusammenfassung eines Industrieverbandes für das Graphische Gewerbe und die Papier verarbeitende Industrie gemacht worden. Dieser sowie die von den Vorständen der vier graphischen Organisationen hierzu abgegebenen Erklärungen bringt der Jahresbericht im Wortlaut. Die Erklärung der Buchdrucker sagt in ihrem Hauptteil, daß „die jetzige Form des Graphischen Bundes zunächst noch als der gegebene Boden für die Zusammenarbeit der graphischen Verbände zu betrachten und daß der Zeitpunkt für eine völlige Verschmelzung noch nicht gekommen sei“. Unser

Jahresbericht stellt dazu fest, daß mit dieser Stellung des Buchdruckerverbandes, die vom Hilfsarbeiterverband geteilt wird, „auf absehbare Zeit nicht daran zu denken ist, daß der Zusammenschluß zu einem Graphischen Industrieverband sich ermöglichen lassen wird. Dessenungeachtet wird unser Verband nicht ablassen, die von ihm nun einmal als richtig anerkannte Stellungnahme auch weiterhin beizubehalten und den Zusammenschluß zum Graphischen Industrieverband zu propagieren“.

Die Arbeiten der Internationalen Buchbinder-Föderation sowie des Internationalen Gewerkschaftskongresses fanden im Jahresberichte gleichfalls eine kurze Würdigung.

Ueber die im vergangenen Jahre in besonderem Maße entwickelte

### Werbetätigkeit unseres Verbandes

wurden im Jahresbericht eingehendere Mitteilungen gemacht und auch über die kommunizistische Sonderorganisation und den mit dieser geführten Briefwechsel berichtet. Der Kassenbericht mit den dazu notwendigen umfangreichen Tabellen schließt den Bericht ab.

Wir haben im Vorstehenden einen kleinen Auszug aus dem Jahresbericht gegeben, um daran zu zeigen, welch wertvolles Material für unsere Funktionäre und für alle die, denen das Wohl und Wehe unseres Verbandes und seiner Mitglieder am Herzen liegt, in ihm zusammengetragen ist, das der Verwendung harret. Man kann nur hoffen, daß die damit geleistete Arbeit keine vergebliche war, daß vielmehr regster Gebrauch davon gemacht wird. Wir wünschen darum dem Bericht eine zahlreiche Leserschaft.

## Entscheidungen zu unseren Reichstaxi-verträgen.

### Kartonnagenindustrie.

Für diesen Industriezweig hatten in den Tagen vom 13. bis 15. Mai Tarifverhandlungen wegen eines neuen Mantelvertrages in Hamburg stattgefunden, die aber zu keinem endgültigen Ergebnis führten. Es ließ sich damals insbesondere keine Einigung erzielen in der Lohnspannungsfrage der Arbeiter und Arbeiterinnen in den verschiedenen Altersklassen und in der Frage der Entlohnung von Arbeiterinnen an den Maschinen. Man entschloß sich deshalb, den bisherigen Mantelvertrag bis zum 31. Juli zu verlängern und die strittigen Fragen vor einem Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium zu behandeln.

In der Lohnfrage war man damals zu einer Verlängerung bis zum 2. Juli gekommen. Wir berichteten bereits in Nr. 27 der „Buchbinder-Zeitung“, daß in der Lohnfrage am 18. Juni in Dresden Verhandlungen stattgefunden hatten, die aber ebenfalls ergebnislos geblieben waren. Es waren sich deshalb nunmehr die Parteien einig geworden, Mantel-differenzen und Lohnfrage durch einen Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium entscheiden zu lassen.





## Technische Entwicklung und Arbeiterschaft.

M. Die Bemühungen der Unternehmer, die zur Hebung der deutschen Wirtschaft notwendige Steigerung und Verbilligung der Produktion lediglich auf Kosten der Arbeiter durch Arbeitsverlängerung und Lohnabbau zu erreichen, sind gescheitert. Das Unternehmertum mußte zu seinem Leidwesen erkennen, daß die Schwächung der Gewerkschaften durch Inflation und Wirtschaftskrise nicht so groß war, um die Arbeiter widerstandlos unter das ihnen zuge dachte Joch zu beugen. Die Lohnherabsetzungen wurden abgewehrt und die in verschiedenen Industrien von den Unternehmern durchgesetzte Verlängerung der Arbeitszeit war von ihnen nur unter dem Zugeständnis von Lohnerhöhungen zu erreichen. Aber auch die Arbeitszeitverlängerung bröckelt mehr und mehr ab. Allgemein legt sich unter dem Einfluß der wieder erstarrenden Gewerkschaften die Rückkehr zum Achtstundentag bzw. der Achtundvierzig-Stunden-Woche durch.

Unter diesen Umständen bleibt, wenn eine Steigerung und Verbilligung der Produktion, die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der des Auslands herbeigeführt werden soll, dem Unternehmertum nichts anderes übrig, als die für diesen Zweck von den Gewerkschaften empfohlenen Mittel in Anwendung zu bringen und ihre Betriebe durch organisatorische und technische Verbesserungen leistungsfähiger zu machen. Nach den Behauptungen der Unternehmer war dieser Weg ungangbar, die Berarmung der deutschen Wirtschaft, der Mangel an Betriebskapital zu groß, um auf ihm erfolgreich zu sein. Nur die Arbeiter könnten durch Einschränkung ihrer Lebenshaltung, intensivere und längere Arbeit die für einen Erfolg erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Wie sehr die Gewerkschaften im Recht waren, wenn sie sich den dahingehenden Anforderungen des Unternehmertums widersetzen, wird durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Monaten bewiesen. Das Unternehmertum ließ es bekanntlich an Schwarzmalerei nicht fehlen. Seinen Angaben nach bestand sich die deutsche Wirtschaft in fortgesetztem Niedergange, war die Lage der Industrie nahezu hofflos. Sehr im Gegensatz dazu standen freilich die Bilanzen der großindustriellen Unternehmungen, die trotz aller angewendeten Verschleierungskünste ganz beträchtliche, zum Teil den Friedensstand erheblich übersteigende Gewinne feststellen ließen. Und noch deutlicher erwies sich die Hinfälligkeit der kapitalistischen Jeremiaden in dem zunehmenden Auftragsbestand der Industrie, ihrer wachsenden Beschäftigung und der Abnahme der Erwerbslosigkeit. Das Unternehmertum hatte wieder einmal, wie schon so oft, gesunkert.

Die gleiche Tatsache geht aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervor, wonach die Industrie gegenwärtig allgemein dahin trachtet, sich von ihrer organisatorischen und technischen Rückständigkeit frei zu machen und den Vorsprung einzuholen, den die Industrie des Auslands der deutschen bisher voraus hatte. Insbesondere dienen diesem Zwecke: Abkürzung des Weges vom Rohstoff zur Fertigware, Verbesserung der maschinellen Ausrüstung der Werkstätten, Ausnützung aller Betriebsmittel bis zum kleinsten, Umstellung auf Massenherstellung unter gleichzeitiger Beschränkung der Arten und Formen der hergestellten Erzeugnisse, was eine erweiterte, bis ins kleinste gehende Arbeitsteilung mit sich bringt. Große Firmen suchen mit Erfolg die neuesten Erfindungen auf chemischem und technischem Gebiet für ihren Betrieb auszuwerten, indem sie besonders wissenschaftliche Abteilungen schaffen, deren Aufgabe es ist, die Rohstoffe und Betriebsmittel sowie deren restlose Ausnützung zu untersuchen und alle Maßnahmen zu einer auf wissenschaftlicher Grundlage zu bewerkstelligenden Durchführung des Arbeitsgangs vom Rohstoff zur Fertigware zu studieren. Andere Firmen gehen zur Umstellung ihrer Erzeugung auf andere Fabrikate über. Der Weg der Fertigware vom Erzeuger zum Verbraucher wird durch Ausschaltung des Zwischenhandels verkürzt, die Reflektoren ausgebaut und verstärkt. Hinzu kommt die Zusammenfassung gleichartiger Unternehmungen oder ganzer Berufsgruppen zur Hebung des Absatzes sowie die Bildung von Arbeits- und Interessen-

gemeinschaften zur Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs, zur Verständigung über Art und Form der von jedem beteiligten Betriebe herzustellenden Erzeugnisse, gemeinsamen Bezug von Rohstoffen, gegenseitige Lieferung von Halbfabrikaten, gesteigerte Massenherstellung usw.

Alle diese Maßnahmen, die durch Einführung neuer, arbeitssparender, der Massenerzeugung dienender Maschinen ergänzt werden, liefern den Beweis, daß der deutsche Kapitalismus über die organisatorischen, technischen und materiellen Mittel verfügt oder sich dieselben zu verschaffen versteht, den Konkurrenzkampf mit dem Kapital des Auslandes aufzunehmen. Damit vollzieht sich eine wirtschaftliche Umwälzung von erheblicher, noch nicht abzusehender Tragweite. Hier und da werden bereits Befürchtungen über die voraussichtlichen Wirkungen dieser Entwicklung laut. Selbst in der Arbeiterpresse finden sich dahingehende Betrachtungen, die anknüpfend an die Einführung arbeitssparender Maschinen oder neuer Arbeitsmethoden das Eintreten von Massenarbeitslosigkeit, die Ausschaltung der gelernten Arbeiter durch Ungelernte usw. in Aussicht stellen und so diese Entwicklung als verhängnisvoll für die Arbeiter ansehen. Der Ausgangspunkt dieser Betrachtungen ist, daß die Einführung arbeitssparender Maschinen im Dienste des kapitalistischen Unternehmens, alle der Beschleunigung der Produktion dienenden neuen Arbeitsmethoden Arbeiter überflüssig machen können und so dazu beitragen, die vorhandene großindustrielle Reservearmee beschäftigungsloser Arbeiter zu vermehren, als auch die Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern.

In derart allgemeiner Formulierung ist diese Auffassung jedoch nicht richtig. Wäre es der Fall, so müßten sich die Arbeiter jedem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt entgegenstemmen, ihn zu verhindern suchen. Das hätte den Rückfall in jene Zeit zur Folge, in der die Arbeiter die Maschine als ihren Feind betrachteten und in deren Zerstörung ihr Heil erblickten. Darüber sind jedoch die organisierten Arbeiter hinaus. Sie wissen, daß nur die fortschreitende organisatorische und technische Entwicklung, die zur größten Vollkommenheit und Intensität entwickelte Produktion das Ende des Kapitalismus und damit die Verwirklichung der sozialistischen Ideale bringen kann. Die Arbeiter wissen aber auch, daß die Verbesserung ihrer Lebenshaltung von einer Steigerung der Produktion abhängig ist, ohne daß diese Steigerung Arbeiter überflüssig zu machen braucht, ja das Gegenteil herbeiführen kann. Diese Auffassung wird durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte bestätigt.

Wissenschaft und Technik hatten in dieser Zeit ungeheure Erfolge aufzuweisen. Das zeigt besonders deutlich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland vor dem Kriege. In der Zeit von 1882 bis 1914 steigerte sich die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen von 9,8 auf 78,0 Millionen Pferdekraft. Desgleichen stieg von 1895 bis 1907 die Zahl der Motorenbetriebe von 139 700 auf 233 400, die Leistungsfähigkeit der Motoren von 3,8 auf 8,0 Millionen PS., denen sich noch elektrische Motoren mit 1,3 Millionen KW angeschlossen. Trotz dieser gewaltigen Entwicklung der Produktivkräfte und Steigerung der Produktion nahm die Zahl der Arbeiter keineswegs ab, sondern wuchs von 1882 bis 1914 von 5,9 auf 10,3 Millionen. Die Auswanderung ging in der gleichen Zeit im Jahresdurchschnitt von 134 242 auf 19 720 zurück. Industrie und Landwirtschaft vermochten ihren Arbeiterbedarf nicht zu decken, so daß noch nahezu 1 Million ausländische Arbeitskräfte Verwendung finden konnten.

Rechnlich liegen die Verhältnisse bei der angeblichen Verdrängung gelernter Arbeitskräfte durch Maschinen und Massenproduktion. Richtig ist, daß auf den Gebieten, wo sie die individuelle, handwerksmäßige Produktion erreichten, gelernte wie ungelernete Arbeitskräfte überflüssig werden. Im wesentlichen handelt es sich hierbei meist nur um Umschichtungen und Verschiebungen, die unvermeidlich sind. Eine Abnahme der gelernten Arbeiter tritt in der Regel nicht ein, denn die der Massenproduktion dienenden Maschinen erfordern für ihre Herstellung und Instandhaltung ebenfalls gelernte Arbeitskräfte. Ferner ruft jede

Massenerzeugung zahlreiche vorher nicht vorhandene Bedürfnisse hervor, die zum großen Teil wiederum gelernte Arbeiter notwendig machen. Welche Befürchtungen wurden z. B. durch die Erfindung der Sehmämaschine, der Bildhauerbohrmaschine, der Autotypie, der automatischen Maschinen in einer Reihe von Industrien usw. ausgelöst. Sie blieben gegenstandslos; die Nachfrage nach gelernten Arbeitern ist heute stärker als je. Das beweist, daß man sich vor einer oberflächlichen Beurteilung, die einzelne Vorgänge ohne weiteres verallgemeinert, hüten muß, wenn Irrtümer vermieden werden sollen. Das Produktionsproblem kann nur im Zusammenhange mit dem Absatzproblem richtig beurteilt werden.

Selbstverständlich dürfen die Arbeiter der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung nicht gleichgültig gegenüber stehen. Sie müssen die sich hier abspielenden Vorgänge sehr aufmerksam verfolgen und allen sich daraus ergebenden Schädigungen sofort und nachdrücklich entgegen treten. Das können sie nur durch kraftvolle gewerkschaftliche Organisation, deren Bedeutung mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Entwicklung fortgesetzt zunimmt.

### Ein Turnhaus für das graphische Gewerbe in Leipzig.

Uns wird geschrieben:

Unabhängig von dem vom Deutschen Buchgewerbeverein in Leipzig geplanten Zentralmeh- und Ausstellungshaus für die graphische Industrie an der Poststraße nimmt jetzt ein noch großzügigeres Bauprojekt für Leipzig greifbare Gestalt an, nämlich die Errichtung eines Hochhauses der Graphik von privater Seite. Es soll sich dabei um eine der Metropole des Buchhandels würdige Zentralkätte für das gesamte Buchgewerbe handeln. Der Krieg und die ihm folgenden wirtschaftlichen Nöte erzwangen die Zurückstellung des schon seit Jahren schwebenden Projektes. Es wurde jedoch bis heute ständig von berufenen Kennern der Verhältnisse ausgebaut und endlich zur Reife gebracht. Nach dem unten vorliegenden Prospekt des ausführenden Architekten Hans Rebel, eines Spezialisten für graphische Industriebauten, soll der im Zentrum des Leipziger Buchgewerbeviertels entstehende Buchpalast die Herstellung aller in die graphischen Industrien einschlagenden Erzeugnisse, in der Form einer Reihe graphischer Betriebe von Bedeutung, in sich vereinigen.

Überall macht sich Raumnot bemerkbar. Es fehlt an gut eingerichteten und günstig gelegenen Büreaus, ebenso wie an praktisch eingerichteten Arbeitsräumen für Betriebe. Der Mangel an Ausstellungsräumen zeigt sich seit Jahren und verhindert u. a. ein geschlossenes Auftreten der graphischen Arbeit Leipzigs zum Schaden der heimischen Produktion.

Das geplante Monumentalgebäude soll auf dem Brachlande am Koppe des Eisenburger Bahnhofs längs des Gerichtsweges errichtet werden. Der Verkehr zum Bahnhof wird durch zwei große Durchfahrten aufrechterhalten, eine davon liegt in der Achse der Holzstraße, an der sich das Deutsche Buchgewerbehaus befindet. Die Mittelfront des Hochhauses liegt mit einer Front von 186 laufenden Metern am Gerichtsweg. Die Seitenflügel an der Post- und Eisenburger Straße haben 75 und 165 m Straßenfront. Der Mittelbau enthält 12 Stockwerke, die Flügelbauten je 6 Stockwerke. Auf Anregung von diesen Künstlern werden an der Poststraße, der Nordlage, etwa 1000 qm Ateliers eingebaut werden, um auch hierin einem für Leipzig besonders dringenden Raumbedürfnis abzuhelfen. Auf dem 16 000 qm großen Areal werden 75 000 qm Nutzfläche gewonnen, davon sind in den beiden Kellergeschossen und der Hofunterkellerung außer Kellerhaus und Koflenraum etwa 19 000 qm für Lagerzwecke verfügbar. Erd- und Obergeschosse sind für dauernde Messausstellungen vorgesehen. Spezialmaschinenfabriken wird es so möglich, ihre Erzeugnisse im Betrieb vorzuführen. Das Grundstück liegt auf der Längsachse des neu zu erbauenden Grassi-Museums. Dadurch ergibt sich seine organische Eingliederung in das imponierende Baubild dieser Stadtgegend, in der sich die größten graphischen Betriebe befinden, und stellt gleichzeitig einen monumentalen Horizontabschluß dar.

# Für unsere Kolleginnen

## Serien.

Ich reise morgen nach dem Süden,  
Wo lichtgetränkt der Himmel blaut.  
Ich reise an die Pyramiden,  
Wo stumm die Sphinx ins Weltall schaut.  
Mich lockt der Berg, der Wald, die Quelle,  
Der Wunsch verfehlt mich an den Fjord,  
Mich lockt des Meeres sanfte Welle —  
Auf Wiederseh'n! Ich reise fort!

Ich reise — doch nur in Gedanken,  
Denn leider fehlt es mir an Geld;  
Ich habe leider in den Banken  
Ein Konto „Nimm“ noch nicht bestellt.  
Ich habe keine Reichsbanknote  
Zurückgelegt, trotz Fleiß und Fron,  
Mir steht kein Geldschrank zu Gebote,  
Denn mir bleibt nichts vom Arbeitslohn.

Raum bringe ich mein Geld nach Hause,  
Zerrinnt es flugs wie trockner Sand,  
Denn immer hocht in meiner Kausfe  
Ein Bote aus dem Sorgenland.  
Da ist ein Rock, ein Schuh verschliffen,  
Bald fehlt ein Kleid, dann dies und das,  
So muß ich jede Freude missen  
Und sorgen ohne Unterlaß.

Die Wünsche, die mich hold umschweben,  
Sind für die Wirklichkeiten blind,  
Drum werde ich daheim verleben  
Die freie Zeit mit Weib und Kind.  
Wenn beide mir ein Liedchen singen  
Von Berg und Tal, von Meer und Wald,  
Dann rauscht der Wald, die Wellen klingen,  
Daß Berg und Tal mir widerhallt.

Stictor Katinowoff

## Das ist Euer Kampf, Ihr Frauen!

Die arbeitenden Massen des deutschen Volkes leben im härtesten Daseinskampf. Teure Lebenshaltung und niedrige Löhne verelenden unser Volk, treiben große Massen in dumpfe Hoffnungslosigkeit und machen sie unfähig zur Abwehr dieser Zustände. Damit hat die politische und wirtschaftliche Reaktion in Deutschland seit Jahren ihre Rechnung gemacht. Stumpfheit und absolute politische Unreife, die alle Verespaltungen der Deutschnationalen glaubte, haben es ermöglicht, daß wir vier deutschnationale Reichsminister und Herrn von Hindenburg als Reichspräsident an der Spitze der Deutschen Republik haben. Durch eine solche Zusammensetzung der Regierenden sollte Deutschland „gerettet“ werden. Und Millionen Männer und Frauen glaubten an diese „Retting“.

Glauben sie noch daran? Die steuerlichen Belastungen der besitzlosen Massen sind härter geworden, die Kleinen Sparer sind um ihre Hoffnungen genarrt, und die Hausfrauen müssen schon jetzt Brot und Fleisch teuer bezahlen.

Aber mit all dem ist es den „Nettern“ nicht genug. Eine Schutzollmauer wollen sie um Deutschland bauen, damit künftig keine Auslandsware den lieben Großagrariern und Großindustriellen Konkurrenz machen kann. Einen „lückenlosen“ Zolltarif legt die Regierung dem Reichstag vor. In dem Zolltarif von 1902 wurde zwar der Großlandwirtschaft für Getreide ein hoher Zoll bewilligt und damit für Millionen hart schaffender Menschen der Bissen Brot im Munde verteuert. Aber die Kartoffel, dieses wichtigste Nahrungsmittel der Armut, blieb damals von der direkten Zollabgabe frei. Nun soll diese „Lücke“ geschlossen werden: Nicht nur Getreide soll verteuert werden, sondern auch Spätkartoffeln sollen einen Zollsatz von 2 Mk. pro Zentner bekommen. Also werden auch die inländischen Kartoffeln im Haushalt 2 Mk. teurer werden. Dann kostet der Zentner Kartoffeln anstatt 3—4 Mk. künftig 5—6 Mk. Aber auch Reis, Süßfrüchte, rohes Fleisch, Schmalz, Butter, Käse, Büchsenmilch, Margarine und manches andere wird durch den Zoll so im Breie verteuert werden,

daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bis zur Unertügllichkeit sinken muß.

Auch der größte Teil der Landbevölkerung, die Häuser und Kleinbauern und die Landarbeiter, haben keinen Vorteil von den erhöhten Preisen. Für die wenigen Zentner Getreide oder Kartoffeln, die sie verkaufen können, müssen sie Futtermittel, die durch den Zolltarif ebenso verteuert werden, wiederkaufen.

Aber es sind ja auch hohe Industriezölle geplant, so daß Wäsche, Kleider, Schuhe, Haus- und Arbeits-

gerät, kurzum alles, was zur Lebenshaltung nötig ist, eine „lückenlose“ Verteuerung erfährt. Die Kaufkraft wird weiter sinken und Arbeitslosigkeit in vielen Berufen wird die weitere Folge sein. Dabei sehen wir aber schon jetzt, wie dieselben Kreise, die diese

schändliche Aushungerung des Volkes wollen, jeden Lohnkampf der organisierten Arbeiterschaft mit den brutallsten Mitteln zu verhindern versuchen.

Die Regierung will die Verelendung der Masse, um ihr schließlich, wenn sie stumpf zusammensinkt oder verzweifelt aufbegehrt, auch das letzte Gut, die politische Gleichberechtigung im Staat, zu nehmen. Dann erst hätten die „Patrioten“ ihr Ziel erreicht. Sie bemühen sich ja immer in eigener Weise um das Wohl von Volk und Vaterland. Kaiser, Landrat und Dorfschule von Junkers Gnaden regierten „leutselig“. Das „Volk“ brauchte sich nicht mit politischen Gedanken zu beschweren, es hatte nichts zu sagen in Staat und Wirtschaft; nur arbeiten durfte es, ungestört arbeiten zum Wohle der herrschenden Klassen. Dann kam der Krieg. Die breite Volksmasse durfte Opfer bringen. Opfer an Leben, Gesundheit, Gut, Glück und Moral, wie sie die Weltgeschichte noch nicht kannte.

Und die Frauen? Sie brauchten nicht etwa abseits zu stehen; das ganze Volk opferte. Natürlich mit einigen Unterschieden. Die Frau z. B. die in harter Arbeit das Brot schaffen mußte für sich und ihre Kinder (zuerst 1900, dann 1400 Gramm pro Kopf und Woche, gebaden aus Wehl mit Kartoffeln gemischt), weil der Mann im Felde stand, trug das letzte, gemeinsam ersparte Goldstück zur Goldsammlerstelle, während manche Dame der Gesellschaft Goldgerät und Schmuck als Familienbesitz treu hütete. Das kleine Fabrikmädel gab ihr Aluminium-Rochgeschirr ab, in dem sie sich auf sonntäglicher Wanderschaft die dünne Suppe gefocht, aber das Kupfergeschirr in königlichen Schloßküchen blieb erhalten. Diese Verteilung der Opfer ging ohne viel Geräusch vor sich, denn die Frauen — und sie waren ja zum größten Teil das Heimatvolk — hatten damals nichts zu sagen. Ich glaube, es ist jetzt Zeit, an jene Jahre der Not und des Krieges zu erinnern, weil die Zollpolitik der Regierung Schranken gegen die Verständigung mit den anderen Völkern aufrichten will.

### Hunger, Entrechtung, Völkerverwirrung.

sind die Gespenster, die vor uns stehen; sie dürfen nicht Wirklichkeit werden. Um unserer Kinder willen nicht. Die Frauen und Mütter müssen sich dagegen wehren. Sind sie es doch, die zuerst zermürbt werden von der fürchterlichen Alltags Sorge: was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir die

Kinder bekümmern! Der Körper wird krank, die Nerven gereizt, der Geist eng und klein bei dem Bemühen, rechnen vom Morgen bis zum Abend. Diese bittere Alltagsforgetötet jede Freude, vergiftet das reichste Familienglied.

Und darum müssen die Frauen den Kampf gegen die weitere Verelendung mit klarem Willen und klarem Ziel führen.

Lädenstürmen und ähnliche Verzweiflungsakte lehnen wir ab, weil sie keinem Hungernden nützen und nur der politischen Reaktion dienen. Aber überall sollten in diesen Wochen die Frauen Aufklärung suchen und schaffen über das, was den breiten Massen durch den Zolltarif droht. Gegen den Zolltarif, das heißt, gegen neues Elend und für ein menschenwürdiges Dasein! Klara Bohm-Schuch.

## Arbeiterinnenlöhne im In- und Auslande.

Im Blätterwalde der Unternehmer haßt es seit einiger Zeit wieder mal besonders laut von Klagen über die hohen Löhne der deutschen Arbeiterschaft. Diese Klagen, daß Inhere übertrieben hohen Löhne den Export unterbinden, Schuld an dem störenden Absatz seien, die deutsche Wirtschaft untergraben, die unter der Last der hohen Löhne fast zusammenzubrechen droht, usw. v. a. — alle diese Klagen sind so oft wie die Arbeiterbewegung selbst. Denn es gibt keine Zeit und keinen Beruf, wo nicht die gleichen Bedenten und Klagen erhoben wurden. Selbst zu jener Zeit der Inflation, als die Spitzenlöhne der getrennten Facharbeiter bis auf 10, 6, ja 4 Pf. herabsanken und zu gleicher Zeit für Rohprodukte und Fertigwaren Goldmarkpreise gezahlt wurden, entblödete man sich nicht, von den „hohen Löhnen der Arbeiterschaft“ zu jafeln, die den Ruin des Gewerbes bedeuten, das ja nur noch von der Substanz jehre usw.

Den Beweis für alle diese Behauptungen bleiben die Herren allerdings schuldig; müssen ihn schuldig bleiben, weil es gar nicht zu führen ist. Gerade die Papierverarbeitungsindustrie mit ihrem weit überwiegenen weiblichen Element ist schon an und für sich viel mehr in der Lage, billiger zu produzieren als die große Masse der anderen Industriezweige, in denen überwiegen männliche Kräfte beschäftigt werden. Zudem sind die Löhne der Arbeiterinnen gerade in der Papierverarbeitung Deutschlands die allerniedrigsten von allen Ländern mit einer stärkeren Saluta. Tatsachen beweisen!

Eine Umfrage bei unseren internationalen Bruderorganisationen hat ergeben, daß in der Buchbinderbranche Ende Dezember bzw. Anfang Januar folgende Löhne an die Arbeiterinnen gezahlt wurden:

Nr.	Land bzw. Ort	Löhne der Arbeiterinnen Ende Dezember 1924 in der Landeswährung		Goldmt. d. Std.
		pro Woche	pro Stunde	
1	Holland 1)	30,66 Gld.	0,64 Gld.	1,09
2	Schweden	35.— Kr.	0,73 Kr.	0,82
3	Norwegen	57.—	1,19	0,75
4	Schweiz	40.— Franc	0,83 Franc	0,68
5	Danzig	32,80 Gld.	0,68 Gld.	0,54
6	Dänemark	34,56 Kr.	0,72 Kr.	0,58
7	Deutschland	21,84 Mk.	0,46 Mk.	0,46
8	Belgien 2)	90,40 Fr.	2,01 Fr.	0,42
9	Ungarn	352 140 Kr.	7 886 Kr.	0,42
10	Litauen	300 Dinar	6,25 Dinar	0,41
11	Oesterreich	277 935 Kr.	5 790 Kr.	0,34
12	Russchepolow.	120.—	2,71	0,34

1) Löhne ab 5. Januar 1925.  
2) „ „ 1. „ 1925.

Deutschland steht also unter den 12 Ländern erst an 7. Stelle und, wenn man — wie bereits bemerkt — nur die valutastarken Länder in Vergleich stellt, erst an letzter Stelle. Dabei kommt aber weiter in Betracht, daß z. B. die Löhne Norwegens nur Durchschnittslöhne sind und von Dänemark betont wird, daß diese Spitzenlöhne eigentlich nur auf dem Papier stehen, da in Wirklichkeit die meisten Arbeiterinnen im Akkord stehen und die wenigen



**Der Goutag des Gaues Nordbayern.**

Unser Goutag fand am 28. Juni in Nürnberg statt. Weinländer begrüßte die Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung praktische Arbeit leisten möge. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht des Gauvorstandes und die Agitation im Gau.
2. Tarifangelegenheiten.
3. Stellungnahme zum Verbandstag und dessen Anträge.
4. Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft.
5. Anträge und Mitteilungen.

Zum Bericht des Gauvorstandes sprach Weinländer. Redner schilderte in großen Umrissen den wirtschaftlichen Zusammenbruch und verwies darauf, daß die in großen Massen dem Verband zugeflossenen Kollegen und Kolleginnen ebenso schnell wieder fahnenflüchtig wurden. Bereits im März 1924, nachdem die Arbeitsgelegenheit sich wieder etwas besserte, setzte die Agitation ein. Man war sich klar, daß jetzt mit einer mühsamen Aufbauarbeit begonnen werden muß. Die ursprünglich einkommenden Erfolge erhielten schon Ende Mai wieder einen Stoß durch das Stöcken in der Geldzirkulation. Kurzarbeit, Entlassungen in größerer Anzahl usw. brachten die Agitation zum Stillstand. Erst Ende September traten stabile Verhältnisse ein und brachte die sofort wieder aufgenommene Werbearbeit auch ganz annehmbare Erfolge. Haupt-sächlich die im November stattgefundene Agitationswoche hat die Kleinarbeit vorteilhaft befruchtet, so daß am Jahreschluß 1924 eine beachtliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen war. Mitte 1914 betrug die Mitgliedszahl 1450, am 1. April 1925 waren vorhanden 2270 Mitglieder, somit reichlich 60 Proz. mehr wie damals. Dieser erfreuliche Erfolg muß ein Ansporn sein, weiter zu arbeiten mit frischem Mut und guter Ausdauer. Vorwärts und aufwärts muß es gehen trotz alledem! Der Bericht wurde ohne Erinnerung mit Beifall aufgenommen.

Zu „Tarifangelegenheiten“ gab Weinländer einen Rückblick auf die letzten 6 Jahre, wobei er nachwies, daß unser Lohnniveau im ganzen Reich bis in die kleinsten Orte hinein bedeutend gehoben wurde. Nur durch die Reichstarpolitik war dies möglich. Kleinere Orte hätten auf anderem Wege nie emporkommen können. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit lehren uns, daß wir auch fernerhin an der Reichstarpolitik festhalten müssen. Als Zukunftsaufgaben stehen in vorberster Reihe der Ausbau der bestehenden Reichstarpolitik und zwar so, daß diese den Interessen der Gesamtkollegenchaft gerecht werden. Um aber die sehr schweren Aufgaben zur Schaffung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen lösen zu können, müssen alle unsere Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben aktiv mitarbeiten, damit die Arbeitgeber nicht behaupten können: „Unsere Leute sind ja zufrieden. Wir bemerken in den Betrieben gar nichts von Unzufriedenheit.“ Es ist uns gelungen, die Löhne periodenweise im ganzen Reich zu erhöhen. Gewiß ist das eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Aber das darf und kann nicht genügen. Für größere Fortschritte gilt als Voraussetzung eine geschlossene lückenlose Organisation, in der es weder Kleingläubige noch Drückeberger geben darf.

Nach sehr anregender Diskussion, in der sich alle Redner rückhaltlos auf den Boden der Reichstarpolitik stellten, fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

Der Goutag des Gaues Nordbayern bringt neuerdings die einstimmige Auffassung zum Ausdruck, daß auch fernerhin an der seit mehreren Jahren praktisch bewährten Reichstarpolitik festgehalten ist. Wie die Erfahrungen auf diesem Gebiet deutlich beweisen, ist dadurch eine beachtliche Hebung des Lohnniveaus im ganzen Reich erreicht worden und ist außerdem eine gewisse Stabilität der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Auch die kleinsten Orte konnten auf diesem Wege Fortschritte erzielen, die vordem unmöglich waren.

Für die Zukunft gilt es, mit allen Kräften dahin zu wirken, die schon bestehenden Reichstarpolitik so auszubauen, damit sie in allen Teilen den Interessen der Gesamtkollegenchaft gerecht werden.

Um vorkommendes zu erfüllen, muß auch die kleinste Gruppe unseres weitverbreiteten Gewerbes einem Reichstarpolitik angegliedert werden.

Der Tarifanschluß muß in obigen Sinne sein. Bestreben weiter entfalten. Seine bisherige Tätigkeit wird anerkannt und ihm das Vertrauen ausgesprochen.

Der Goutag konstatiert, daß zur Verwirklichung dieser Aufgaben eine geschlossene und gutfundierte Organisation gehört. Weit mehr als bisher müssen alle Kollegen und Kolleginnen aktiv mitarbeiten, hauptsächlich in den Betrieben ihr Augenmerk darauf richten, daß alle Beschäftigten in unsere Reihen gebracht werden!

Heber „Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft“ hielt Betriebsratssekretär Baier ein vorzüglich ausgearbeitetes Referat, das den Höhepunkt des Goutages bildete. Einstimmig wurde das Referat an den Referenten gestellt, diesen Vortrag in Gestalt eines Artikels in der „Buchbinder-Zeitung“ weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Dann referierte Weinländer über „Die Anträge zum Verbandstag.“ Redner betonte, daß es nicht möglich sei, die nahezu 250 Anträge einzeln durcharbeiten. Vielmehr komme es darauf an, den Kern der Sache herauszufinden. Bezüglich der letzten Verbandstage ist zu sagen, daß diese in bezug praktischer Arbeit recht mager ausgefallen sind. Gewiß trage daran wohl ein großes Teil Schuld die Inflation, die alle festgelegten Bestimmungen nach wenigen Wochen überholt hatte. Der kommende Verbandstag muß nun alles Veräumte nachzuholen suchen. Im Vordergrund steht als vornehmste Aufgabe des Verbandes die Erzielung menschenwürdiger Existenzbedingungen. Erste Voraussetzung hierzu ist eine geschlossene, festgelegte Organisation. Die zweite nicht minder wichtige Voraussetzung ist der Ausbau unseres Kampffonds, dazu gehört auch der zeitgemäße Ausbau unserer Beitrags- und Unterstützungs-einrichtungen. Die Streikunterstützung muß auf die richtige Höhe gebracht, aber auch alle übrigen Unterstützungs-einrichtungen müssen verbessert und die Einführung der Krankenunterstützung kann nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben gehört aber auch eine Beitrags-erhöhung, die den Verband dazu in den Stand setzt. Da muß Einsicht und Opferwilligkeit gezeigt werden, die allein imstande sind, Großes zu vollbringen. Den Zahlstellen müssen zur Bestreitung örtlicher Ausgaben weit höhere Beträge beflissen werden, als bisher. Auch die Aufgaben der Lokalkassen haben sich derart vergrößert, so daß dazu weit mehr Geldmittel vonnöten sind wie früher. Geben wir der Verbandskasse, was der Verbandskasse ist, aber auch die Lokalkassen müssen die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, deren sie notwendig bedürfen, um mit ihren Leistungen auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Also Stärkung der Aktivkraft unseres Verbandes dadurch, daß die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Auch dieses Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Diskussion bewegte sich in sehr sachlichen Bahnen, durch alle Redner kam zum Ausdruck, daß wir die Pflicht haben, auch die erforderlichen Beiträge zu leisten, wenn wir die großen Aufgaben erfüllt sehen wollen, die von allen Berufsangehörigen als dringend notwendig angesehen werden. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Vom kommenden Verbandstag wird erwartet, daß nach wie vor als vornehmste Aufgabe des Verbandes, das Bestreben auf Verbeiführung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen angesehen wird.

Gleichzeitig damit sind die Finanzverhältnisse unseres Verbandes so zu gestalten, daß die Beitrags- und Unterstützungsfragen eine Regelung finden, die unseren Kampffonds auf diejenige Höhe bringt, die notwendig ist, um die vornehmsten Aufgaben erfüllen zu können.

Die bestehenden Unterstützungs-einrichtungen müssen zeitgemäß ausgebaut werden. Nicht mehr länger darf zugewartet werden mit der Wiedereinführung der Krankenunterstützung. Vor allen Dingen gilt es aber die Streikunterstützung auf die richtige Höhe zu bringen, um die Kämpfer kampffähig zu machen und zu erhalten. Selbst der vom besten Idealismus durchdrungene Kämpfer muß verlangen, wenn er durch ungenügende Streikunterstützung so ermattet, daß er körperlich zusammenbrechen muß.

Die Herbeiführung der notwendigen Verbesserungen aller Unterstützungs-zweige ist nur möglich durch eine entsprechende Beitragserhöhung. Alle Teilnehmer des Goutages verpflichten sich, in ihren Zahlstellen in obigen Sinne zu wirken soweit es in ihren Kräften steht.

Zu Punkt 5 verweist Weinländer auf § 33 Absatz 3 des Verbandsstatuts, worin gesagt ist, daß die Angestellten sich nach dem Verbandstag einer Neuwahl zu unterziehen haben, wenn dieses die Gauverwaltung durch Beschluß eines Goutages beantragt. Aus der Mitte der Delegierten wurde der Antrag gestellt, eine Neuwahl der Angestellten unseres Gaues nicht für notwendig zu erachten. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, betonte Weinländer, daß der Goutag aufs neue bewiesen habe, daß, wie seit 17 Jahren, die Zusammenarbeit der Angestellten mit der Kollegenchaft eine mustergültige genannt werden darf. Der Verlauf des Goutages hat bewiesen, daß auf Grund dieses kollegialen Zusammenwirkens die Organisation gedeihen und emporblühen kann. Wir wollen uns besonders noch geloben, immer mit

zäher Ausdauer ununterbrochen und unermüdetlich die Werbearbeit weiter zu leisten, damit alle die gestellten Aufgaben erfüllt werden können zum Wohle der Gesamtkollegenchaft.

Nachdem noch der Vorsitzende Herber einen Appell zur treuen Mitarbeit an die Anwesenden gerichtet hatte, einen geharnischten Protest gegen den Brotwucher und die bayerischen Polizeischikanen gegen die Arbeiterkorporationen zum Ausdruck brachte, außerdem dem Verband noch ein Hoch widmete, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, erfolgte Schluß des allen Teilnehmer in guter Erinnerung bleibenden Goutages.

**Andere Wege, ihr Herren Delegierten!**

Die Arbeiterschaft hat vor dem Krieg nach zwei verschiedenen Richtungen verlußt, ihre soziale Lage zu bessern. Der eine fast ausschließlich begangene Weg war der, durch Lohnerhöhungen eine Besserung zu erzielen. 98 Proz. aller Mittel und Opfer wurden hierfür aufgebracht und das Ergebnis all dieser oft heroischen Anstrengungen war, daß auch die bestorganisierten Gewerkschaften im Jahre 1923 nicht in der Lage waren, ihre Mitglieder vor Löhnen zu schützen, die gleich drei Pfund Fett, also 3 bis 4 Mark in der Woche waren.

Die Früchte jahrzehntelanger Arbeit waren wie nichts zerfoben, aber die verhältnismäßig wenigen Mark, die kaum 2 Proz. der Arbeiterschaft genossenschaftlich, z. B. in Genossenschaftswohnbauten angelegt hatten, die haben ihren Goldwert behaltn, die mirken sich heute noch sozial dadurch aus, daß sie Tausenden Arbeitern Wohnung bieten und einen, wenn auch noch viel zu schwachen Damm gegen den jetzt erst einsetzenden Wohnungswucher bilden. Die Gewerkschaften haben vor dem Krieg jahrzehntelang ihr Geld zu den Banken getragen, die Banken haben sich für dieses Geld der Arbeiter Bergwerke, Fabriken gekauft. Dann machte das Werkzeug der Banken, die Börse, die künstliche Inflation, die Banken gaben den Schaffenden für ihre Millionen den Wert einer halben Semmel zurück und heute beuten die Großbanken, die heutigen Besitzer der meisten industriellen Unternehmungen, die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst in jenen Fabriken aus, die sie sich mit dem Geld der Schaffenden erst gekauft haben. Für das Geld, das die deutsche Arbeiterschaft nur in den zwei letzten Jahrzehnten in Lohnbewegungen verbraucht oder an die Banken verloren hat, dafür hätten sie sich selbst Bergwerke kaufen können, sie wären in den meisten Werken ihre eigenen Arbeitgeber geworden und die Gewinne, die heute einigen wenigen Aktionären zugute kommen, könnten für soziale Aufgaben und für Erweiterung der Betriebe gebraucht werden. In Basel, wo die Genossenschaften eine erstaunliche Höhe erreicht haben, ist es dem dortigen Konsumverein nicht nur gelungen, durch billige Warenabgabe Basel zur billigsten Stadt der Schweiz zu machen, sondern er hat aus den Ueberflüssen eine ganze Stadt bauen lassen, damit sich selbst eine sichere Kapitalanlage geschaffen und zugleich durch den Bau von Wohnungen eine gewaltige soziale Aufgabe erfüllt. Der genossenschaftliche Kampf, den die Basler Arbeiterschaft seit Jahrzehnten führt, er hatte weder wochen- noch monatelange Streiks, noch blutige Aufstände erfordert, im Gegenteil, billige Ware hat er gebracht und trotz billiger Preise ermöglicht, mit den Ueberflüssen eigene Fabrikbetriebe wie Buchdruckerei, Schuhmacherei mit mustergültigen sozialen Einrichtungen zu schaffen. Auch in Deutschland haben wir ein Genossenschafts-gesetz, und wo rührige Genossen sich zusammengefunden haben, hat man Erfolge ähnlich wie in der Schweiz und England erzielt.

Jeder Lohnstreik auch jeder „gewonnene“ ist in Wirklichkeit ein verlorener. Wenn wir den Kapitalisten einen Pfennig mehr Lohn abzwängen, wird er ihn dreifach auf die Ware schlagen, und da wir Arbeiter nicht nur Erzeuger, sondern auch Verbraucher sind, zahlen wir dem Kapitalisten das Errungene doppelt und dreifach zurück. Arbeit ist Kultur. Sabotieren wir nicht diese Kulturträgerin, aber sorgen wir dafür, daß die Verteilung unserer Arbeitsfrüchte nicht für einige Kapitalisten eine Quelle unerhörten Reichtums und für die Schaffenden Auswucherung bedeutet. Als ich in Nr. 40, Jahrgang 1912 unserer „Buchbinder-Zeitung“ genossenschaftliche Selbsthilfe vorschlug, da meinten verschiedene Kollegen, das hätte man früher machen sollen. Welche Nacht hätten aber die Gewerkschaften zur Verfügung, wenn sie nur damals angefangen hätten, ihre Geldmüllionen in eigenenwerbenden Betrieben anzulegen. Es darf nicht mehr sein, daß man dem Arbeiter in die eine Tasche 1 Pfennig Lohnerhöhung steckt und ihm aus der anderen gleichzeitig 3 Pfennig durch die maßlos verteuerte Ware herausholt kann.

R. Schneider, München.

**Ferienheime.**

Ein noch ungelöstes Problem ist die organisatorische Schaffung von Ferienheimen für Berufsangehörige. Nur sehr wenige gibt es dieser Art. Den meisten der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist es unmöglich, auch nur die kleinsten Ersparnisse für Ferienreisen zu machen, um die nötige Geistesfrische in den Ferien sich zu verschaffen. Den meist recht stumpfsinnigen gesetzlichen Feiertagen reihen sich die Ferientage an. Es ist wohl ein Ausspannen der Arbeitskraft, was gewiss dem Körper zugute kommt und durchaus nicht unterschätzt werden darf. Doch nützlicher und von größtem Vorteil wäre es, wenn man seine Ferien durch eine Lustveränderung an der See oder im Gebirge ausnützen könnte. Um die Arbeitskraft zu erhalten, den Körper zu pflegen, streben wir nach angemessenen Löhnen. Um den Körper vor Ausbeutung zu schützen, kämpfen wir für den Achtstundentag. Die Erzielung der nötigen Geistesfrische müssen wir durch Schaffung von Ferienheimen zu erreichen suchen. Auch heute noch ist es nur der besitzenden Klasse oder im günstigsten Fall den sehr gut entlohnten Beamten und Angestellten möglich, eine Ferienreise ins Gebirge oder an die See zu unternehmen. Aber auch heute noch darbt die Masse des Volkes, allem was Leben heißt, entwöhnt. Soll es so bleiben?

Treten wir einmal diesem Problem „Schaffung von Ferienheimen“ etwas näher. Die Möglichkeit, auch für unseren Beruf und seinen Angehörigen Heime zu schaffen, ist durchaus vorhanden. Sehen wir uns die Einteilung der Gauen an, so finden wir, daß ein jeder Gau Natur Schönheiten besitzt. Der Gau Nordosten hat die Ostsee mit seinen herrlichen Bädern und Wäldern, Schweden das Riesengebirge, Sachsen die sächsische Schweiz, Gau Nordwest den Harz usw. Ein jeder Gau müßte nun das Streben zeigen, ein Ferienheim zu schaffen. Zunächst nicht durch Kauf oder Bau eines solchen, sondern durch Verträge mit dazu geeigneten Hotels zum Zweck von Preisermäßigungen für die Mitglieder. Die Grundlage für diese erste Verheißung und für den späteren Erwerb von eigenen Heimen wäre die Gründung von G. m. b. H. in jedem Gau und Zahlung von Vierteljährlichen Beiträgen in einer zu bestimmenden Höhe. Zentrale Regelung und Austausch der Besucher verschiedener Gegenden bleibt der Zukunft überlassen und würde sich schließlich von allein ergeben. Die ersten Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Wollen wir das gewiß erstrebenswerte Ziel erreichen, dann müssen wir recht bald Hand anlegen und was erreichbar ist, greifen und handeln. Erkenntnis der Mitglieder, daß eine Unternehmung dieses Problems dringende Aufgabe ist, wird vorausgesetzt, dann aber auch, daß unsere Funktionäre sich in den Dienst der Sache stellen.

Schafft Ferienheime. Dieser Ruf könnte auch den Verbandstag beschäftigen, der doch auch Mittel und Wege suchen soll, der Fluktuation der Mitglieder zu steuern. Es wird der Krankenunterstützung das Wort geredet, man spricht dieser Unterstützung alle Zugkraft zu. Es soll nicht widersprochen werden, bauen wir der Krankheit aber vor, verschaffen wir den geschwächten, aber zum Teil festen Körpern Erholung, Ruhe, Luftveränderung, dann wird sich beide Teile das Bindemittel „Ferienheim“ angenehm in Erscheinung treten. Was nützen unzulängliche Unterstützungen bei Krankheit, was medizinische Medikamente. Lehren wir zur Natur zurück, streben wir nach dem Ganzen. Bei Schaffung von Ferienheimen haben wir die Gewähr, uns körperlich und seelisch zu erholen und den Kampf ums tägliche Brot unter besseren Bedingungen des Körpers wieder aufzunehmen. Erholungsbedürftig ist wohl ein jeder Mensch und sei er noch so von der Natur mit Kraft und Gesundheit begünstigt. Einmal im Jahr ganz ausspannen auf einige Zeit, ist und bleibt das Ideal. Organisieren wir darum alle Kräfte zur Schaffung von Ferienheimen für Berufsangehörige. Schwarz.

**Schafft eigene Betriebe.**

Wir Sozialisten haben das Ziel, die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und an deren Stelle eine Produktionsweise zu setzen, die nicht auf Ausbeutung der Arbeiter und Konsumenten, zum Nutzen einzelner, die die Produktionsmittel in der Hand haben, eingestellt ist. Wenn durch Verbesserung der Technik und praktische Arbeitsmethoden irgendein Gegenstand schneller und daher billiger fabriziert wird, hat den Nutzen nicht der Arbeiter oder der Konsument, die ja oftmals in einer Person beides sind, sondern einzig die Unternehmer. Diese, zusammengeschlössen in Konzernen, diktieren die Preise und stecken den Nutzen selbst allein ein. Die Erparnis, die durch bessere Arbeitsmethoden an Zeit und Material eintritt, wirkt sich nicht dahin aus, daß der Arbeiter kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn erhält, sondern er wird überzählig. Die Maschine erlegt ihn, er liegt auf die Straße, ist arbeitslos. Unser Bestreben ist, die Produktion selbst in die Hand zu nehmen, Betriebe zu gründen, die auf

der Grundlage aufgebaut sind, daß die technischen Eigenschaften zum Segen der Allgemeinheit werden. Der einzelne Unternehmer soll nicht den Fortschritt als Mittel benutzen, sich zu bereichern und die breite Masse zu unterdrücken. Die Arbeiterkraft hat den Kapitalismus bis jetzt dadurch bekämpft, daß sie sich in Gewerkschaften zusammenschloß, um bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Sie hat sich politisch organisiert und betätigt, um Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen. Alle diese Bestrebungen sind nicht genügend. Gewiß sind wir stärker als früher und man muß wohl oder übel von uns Notiz nehmen. Wir sind eben auch da! Aber auch die Gegenseite ist mächtiger als je geworden. Es ist ein Ringen, bei dem uns die Kapitalisten die Rechte zubrüden wollen. Wir müssen trachten, eine wirtschaftliche Macht zu werden dadurch, daß wir selbst Betriebe gründen, die, möglichst auf sozialistischer Grundlage aufgebaut, in die heutige Gesellschaftsordnung hineingestellt, diese bekämpfen, regulierend auf die Preise wirken und so den Grundstein bilden für den Übergang zum Sozialismus. Wir bekämpfen die heutige kapitalistische Ordnung, sie ist faul, also weg mit ihr. Mit Gewalt diese Ordnung beseitigen, wäre ein Unding, wir selbst würden dabei am meisten leiden. Aber nach und nach das ganze umbauen und Neues, Besseres hinstellen. Das Gute wird sich Bahn brechen! Anschauungsunterricht ist die beste Lehrmeisterin.

Die Gewerkschaften sind diejenigen Körperschaften, die dazu berufen sind, dieses Werk in Angriff zu nehmen. Das heißt, wenn sie wollen! Wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg. Sozialisieren haben wir uns meistens so vorgestellt, daß der Staat gewisse Betriebe, die lebenswichtig sind, übernimmt und diese von dazu Berufenen leiten läßt. Um dies durchzuführen zu können, müßten wir auf alle Fälle die politische Macht haben. Aber auch dann, ganz abgesehen von der Zeit, die dazu erforderlich wäre, die politische Macht zu erlangen, ist das Gelingen fraglich. Die Staatsmaschine ist viel zu schwerfällig. Die Gegner würden alles daran setzen, das Werk zu hintertreiben. Bringt die Arbeiterkraft selbst die Mittel auf, dann ist ein ganz anderer Ausposten dahinter. Schon das Ansehen erfordert es, alles daranzulegen, daß es gelingt. Jeder von uns weiß, daß diejenigen Kräfte, die dazu nötig sind, ausfindig gemacht werden können. Durch die Organisation hat man lehrbaldig genug.

Wie sollen nun die Mittel aufgebracht werden? Durch Beiträge der organisierten Arbeiterkraft. 8 Millionen organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen zahlen 52 Beiträge zu 25 Pf. Die Gewerkschaften legen die Beiträge passend für ihre Mitglieder, wie diese zahlungsfähig sind, um. Alles wird ja nicht auf einmal gebraucht.

Welche Betriebe kämen nun in Betracht? Gehen wir von der papierverarbeitenden Industrie aus. Diese ist für uns am naheliegendsten, außerdem für alle Berufe wichtig. Es kommt nur ein Betrieb auf breiter Grundlage in Betracht. Herstellung des Holzschiffes zur Weiterverarbeitung für Zeitungspapier, Schreib- und Packpapier, Pappen usw. Dann kämen erst die weiterverarbeitenden Industrien. Ich führe das Beispiel an, um zu zeigen, wie ich mir die ganze Sache vorstelle. Ebenfalls kann eine andere wichtige Industrie in Angriff genommen werden, was vielleicht für die Allgemeinheit nützlicher ist. Die Betriebe sollen nicht so aufgebaut sein, wie die Konsumgenossenschaften, die die Verteilung der Waren an ihre Mitglieder als Grundzweck haben. Dies wäre zu eng begrenzt. Die Betriebe müssen volle Freiheit haben, ihre Waren an jedermann zu verkaufen und solche einzukaufen, um eben auf den Preis beeinflussend zu wirken. Wir wollen den Kapitalismus bekämpfen und

müssen uns den jeweiligen Zeitverhältnissen anpassen. Wenn nach Jahren die Verhältnisse anders sind, wird umgestellt, es wird dann so produziert, wie es der Zeit angemessen ist.

Unsere Aufgabe ist, die Gelegenheit zu ergreifen und die ist heute günstig. Wir wollen uns von unseren Nachkommen nicht den Vorwurf machen lassen, eine Gelegenheit verjährt zu haben, etwas zu schaffen, wozu doch nur etwas Mut gehört. Die Mittel und das Vertrauen sind aufzubringen. Im Grunde genommen, ist es schließlich weiter nicht als ein Rechengepöfel.

Ich habe dieses Thema angechnitten, damit ein reger Gedankenaustausch darüber stattfindet. Jeder sieht die Zeit, in welcher er lebt, anders. Ich sehe sie so.

**Berichte.**

**Berlin.** Die Verwaltung Berlin verstatet wie alljährlich anlässlich des „Guten Montag“ ein Sommerfest am 20. Juli in der „Neuen Welt“. Eintritt im Vorverkauf nur 50 Pf., Kinder 20 Pf. Die Kinder erhalten dafür 1 Stoclatex und eine Harzseife gratis. Spezialitäten, Konzert, Feuerwerk, Kabaretttheater, Fackelzug für Kinder. Tanz. Berliner Mitglieder, alle auf am 20. Juli nach der „Neuen Welt“.

**Riel.** Am 27. Juni feierte unsere Zahlstelle ihr 40. Jubiläum mit Fackelzug. Nach einer kurzen Ansprache des Kollegen Müller wurde das Fest durch einige Lieder des Eigenbahner-Gesangsvereins eingeleitet. Hierauf sprach Kollege Paulsen den Prolog. Die Weibecher hielt Kollege Thierbach-Samburg. Redner schilderte in kurzen Zügen den Werdegang der Zahlstelle. Er wies vor allem auf die zwölf Gründer der Zahlstelle hin und gedachte besonders des damaligen Vorsitzenden Rindfleisch, der leider im Juli 1918 gestorben ist. Dann sprach er noch einige ehrende Worte für unsere gestellten Kollegen. Er freute sich, daß trotz der schweren Kämpfe die Zahlstelle bis zu 85 Proz. organisiert sind. Mit einem dreifachen Hoch auf den Buchbinderverband schloß Thierbach seine wirkungsvolle Weibecher. Es sprach dann im Namen der Zahlstelle Samburg-Altona Kollege Winkler. Er übergab von der Zahlstelle Hamburg-Altona einen Fahnen Nagel mit dem Wunsch, daß die Zahlstelle Riel blühe und gedeihe. Es wurden dann noch vom Verband der Eigenbahner, Staats- und Gemeinbedarfer, Zimmerer, Verlehrsband je ein Fahnen Nagel mit demselben Wunsch überreicht. Außerdem ließen noch verschiedene Telegramme sowie Glückwunschkarten ein. Nach dem Weibecher dankte Kollege Müller für die überreichten Fahnen Nagel, Glückwünsche, sowie den Gewerkschaften für ihre freundliche Mitwirkung. Er sprach die Hoffnung aus, daß alle Wünsche auf fruchtbarem Boden fallen.

**Bekanntmachung der Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.**

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die in der Ausschreibung vom 11. 12. 24 beschlossene Satzungsänderung, wonach die Kasse berechtigt ist, den Familienangehörigen Brillen, Bruchbänder, Plattfuchseinlagen, Leibbinden, Bandagen und Bäder, soweit diese in den Ambulatorien der Kasse verordnet werden, bis zum Betrage von 10 Mk. für jeden Fall oder einen Zuschuß in dieser Höhe nach näherer, vom Vorstand der Kasse zu treffender Regelung, zu gewähren, von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist und mit dem 1. Juli 1925 in Kraft tritt.

Der Vorstand.  
R. Gottsmann, Vorsitzender.

Weiter teilen wir mit, daß in dem Hause Müllerstr. 4, Eingang Schulzendorfer Str., die zweite Zahnklinik eröffnet ist und eruchen wir die Mitglieder, welche in dortiger Gegend wohnen oder arbeiten, diese Klinik in Anspruch zu nehmen. D. D.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

1. Zur Ergänzung der Delegiertenliste, die in Nummer 28 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht ist, teilen wir mit, daß für den 32. Wahlbezirk Kollege Paul Döbbling, Stuttgart als gewählt nachträglich gemeldet wurde.
2. Zu den Wahlprotesten, die in unserer Bekanntmachung in Nummer 28 der „Buchbinder-Zeitung“ erwähnt wurden, ist mitzuteilen, daß die eingeleiteten Ermittlungen im 1. Wahlbezirk ergeben haben, daß allerdings Verstöße gegen die Ziffer 17 a des Wahlsreglements stattgefunden haben. Unregelmäßigkeiten bei der Wahlhandlung selbst sind jedoch nicht nachgewiesen. Am 20. Bezirk wurde ein formaler Verstoß in der Zahlstelle Halle festgestellt. Unter den vorliegenden Umständen glauben wir von der Anordnung von Neuwahlen oder Abschen zu sollen. In beiden Fällen haben wir deshalb die Wahlen für gültig erklärt.
3. Die Delegierten zum Verbandstag eruchen wir, sich möglichst bald beim Lokalkomitee in Hamburg anzumelden und Wünsche wegen Bestellung von

- Legis dorthin zu richten, weil sonst Schwierigkeiten wegen der Unterbringung entstehen könnten. Auch die Zeit der Ankunft in Hamburg bitten wir dem Lokalkomitee mitzuteilen und auch in allen sonstigen Angelegenheiten sich nur an dieses zu wenden.
- Die Adresse des Lokalkomitees ist: Friedrich Küster, Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Hamburg I, Befensbinderhof 57 III.
4. Die Zahlstelle Ludwigslburg ist mit Ablauf des zweiten Quartals eingegangen. Die noch vorhandenen Mitglieder werden als Einzelmitglieder vom Gauvorstand in Stuttgart weitergeführt.
  5. Der Buchbinder Paul Brückner, geb. 27. Januar 1884 in Freiberg in Sachsen (Buch- Nr. 300 180) wird gebeten, seine Adresse sofort mitzuteilen an den Kassierer der Zahlstelle Langensalza, Kollegen Hugo Schöpfel, Langensalza, Mühlgasse 4.
- Die Gau- und Ortsverwaltungen, bei denen Brückner sich gemeldet hat oder noch anmelden wird, werden ebenfalls gebeten, umgehend Nachricht nach Langensalza zu geben. Der Verbandsvorstand.